

8. Home Office unterstützen – auch nach der Pandemie

Postulat Beat Habegger (FDP, Zürich), Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweiningen), Arianne Moser (FDP, Bonstetten) vom 31. August 2020

WAK Kommission für Wirtschaft und AbgabenKR-Nr. 318/2020, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ueli Bamert hat an der Sitzung vom 30. November 2022 Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Der Rat hat zu entscheiden.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Noch etwas ganz Wichtiges vor der Mittagspause. Wichtig ist ja auch, dass es manchmal auch im Schlechten etwas Gutes gibt. Ein Beispiel dafür war in der Corona-Pandemie ja, dass man gemerkt hat, dass man nicht mehr unbedingt im Büro sitzen muss, um gute Arbeit verrichten zu können. Zuvor hatten ja viele jahrelang behauptet, das gehe nicht, wenn das Team nicht zusammensitze und nicht alle zusammen am gleichen Ort arbeiteten. Gerade natürlich Vorgesetzte haben gerne so argumentiert, dort geht es dann natürlich eher um Kontrolle als um Produktivität. Und mir scheint, dass in der Verwaltung dieses Denken im Sinne der Ortsgebundenheit von Arbeit noch besonders ausgeprägt war. Vielleicht noch ein Beispiel dazu: Ich habe einmal einen in Zürich wohnhaften Kollegen aus der Bundesverwaltung nach Sankt Gallen an einen Vortrag eingeladen. Und statt dass er nach dem Mittag direkt von Zürich nach Sankt Gallen fuhr, fuhr er zuerst am Morgen noch nach Bern. Es waren ihm nämlich nicht erlaubt, einen halben Tag von zu Hause aus zu arbeiten. Die Stempeluhr, die hing halt an einer Wand in Bern. Glücklicherweise hat die Pandemie mit solchem Unfug etwas Schluss gemacht, und eigentlich kam es ja sogar noch besser als gedacht: Die Leute haben zu Hause gearbeitet, aber die Leistung wurde nicht schlechter, im Gegenteil: Es wurde sogar noch mehr geleistet. Unser Finanzdirektor (*Regierungspräsident Ernst Stocker*) hat es wieder gesagt, ich glaube, es war sogar letzte Woche an einem Wahlkampf Anlass: Die Mitarbeitenden des kantonalen Steueramts haben im Home-Office sogar mehr Steuererklärungen erledigt als an ihrem Arbeitsplatz in Zürich Altstetten.

Viele Unternehmen, viele Mitarbeitende, viele Verwaltungen merkten: Montag bis Freitag, 8 Uhr bis 18 Uhr, am fix zugeteilten Arbeitsplatz ist eben nicht die einzige Möglichkeit des Arbeitens. Die Leistungsfähigkeit leidet nicht wegen flexibleren Arbeitszeitmodellen. Denn wie lange man braucht für eine Aufgabe und wo sie erledigt wird, ist zweitrangig. Am Schluss zählt das Ergebnis, und das sollte auch in der Verwaltung so sein. Selbstverständlich gibt es Arbeit, die zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort erledigt werden muss, das ist ja sonnenklar, aber in der Dienstleistungs-, Wirtschafts- und Wissensgesellschaft sind eben viele Arbeiten weder zeit- noch ortsgebunden. Ebenso klar ist auch, dass die Leute das Bedürfnis haben, sich zu treffen, sich wiederzusehen, Kontakte zu pflegen, und so weiter. Das ist gut so, wir sind ja soziale Wesen, das wird auch

immer so bleiben. Aber wer das Personal jetzt in ins Büro zurückpfeifen will, wird letztlich verlieren.

Wir haben uns gefreut, dass der Regierungsrat bereit war, das Postulat entgegenzunehmen. Ich war, ehrlich gesagt, auch etwas überrascht, dass es überhaupt Opposition gab. Das ist jetzt nicht ein besonders revolutionärer Vorstoss, den wir hier gemacht haben. Nun gut, wir hoffen, dass der Kantonsrat jetzt den Auftrag erteilt und die Regierung die Grundlagenarbeiten für noch flexibleres Arbeiten von zu Hause aus im Kanton leisten kann. Vielen Dank für die Überweisung des

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ja, lieber Beat, ich führe gerne kurz aus, weshalb ich hier Diskussion verlangt habe. Und es ist jetzt noch schön, dass du so nah sitzt, dann können wir richtig miteinander sprechen (*Heiterkeit, das Rednerpult steht schräg vis-à-vis von Beat Habeggers Platz*).

Nun, Home-Office, das hat sich ja wirklich durchgesetzt, du hast das absolut richtig ausgeführt. Das war früher kein Thema. Und wenn die Pandemie, die ja nun wirklich ein Riesenproblem für uns alle war, etwas Gutes gebracht hat, dann, dass man jetzt ziemlich normal ins Home-Office kann oder dass man mittlerweile auch weiss, wie man eine Teams-Sitzung oder eine Zoom-Sitzung (*Online-Meeting-Tools*) abhält und nicht aus Versehen auf den Katzenfilter kommt, und dass man in aller Regel den Mute-Knopf drückt, wenn man nicht am Sprechen ist.

Ja eben, Home-Office ist heute eigentlich, glaube ich, bei allen, die im Büro arbeiten, eine Normalität. Es hat sich durchgesetzt. Aber mittlerweile merkt man auch: Der Hype ist ein bisschen abgeklungen. Es gibt mittlerweile auch Firmen, die sagen: Ja es ist noch nicht ganz ideal. Man ist vielleicht ein bisschen weniger präsent im Büro, wenn man ständig zu Hause ist. Oder man hat die Kontrolle nicht mehr so wirklich über die einzelnen Mitarbeiter. Und das bringt mich im Grunde genommen auf eine ziemlich einfache Konklusion: Es soll jeder Firma absolut freigestellt sein, ob sie ihre Mitarbeitenden im Home-Office haben will oder nicht. Das muss jede Firma für sich wissen. Je nach Firmenkultur ist das besser oder weniger gut, und gewissen Firmen – das wurde auch schon gesagt – ist es einfach schlicht nicht möglich, Home-Office zu machen. Dasselbe gilt auch für die Arbeitnehmenden. Ich persönlich finde Home-Office nicht so cool. Natürlich ist es manchmal praktisch, wenn man zu Hause arbeiten kann, aber ich gehe gerne ins Büro. Ich brauche diese Struktur des Tages und ich mag auch diese informellen Gespräche an der Kaffeemaschine, sie sind oft sehr viel produktiver als manch eine Sitzung. Und das bringt mich eigentlich zur Konklusion: Es besteht kein gesamtgesellschaftliches Interesse, möglichst viel oder möglichst wenig Home-Office zu haben. Das muss wirklich jede Firma selber wissen, jeder Mitarbeiter selber wissen. Und genau darum hat die Politik da auch nichts mitzureden. Es braucht weder Reglementierung noch besondere Anreize für das Home-Office. Und wenn ihr, lieber Beat, da zum Beispiel einen Nachteil seht, weshalb eine Firma eben Home-Office nicht machen kann, dann müsst ihr das halt mit einem konkreten Vorstoss regeln. Dann müsst ihr eine Motion machen oder eine PI, und die würden wir dann auch unterstützen. Es kommt heute leider nicht mehr dran, aber das nächste Geschäft auf der Traktandenliste (*KR-Nr. 184/2021*) geht eben

genau in diese Richtung, und da haben wir auch nichts dagegen. Nun, du hast das bereits gesagt, man hätte das auch einfach laufen lassen können, es ist ja nur ein Postulat. Aber es geht mir hier wirklich ums Wesentliche: Wir müssen aufhören zu jedem x-beliebigen Thema, das irgendwie gerade im Trend ist, Vorstösse zu machen. Es ist wirklich eine Seuche: Wenn irgendetwas im Tagi (*Tages-Anzeiger*) steht oder auf TeleZüri (*Privatfernseher*) kommt, irgendein kleines Skandalchen oder irgendein Trend, der aufpoppt, dann können Sie sicher sein, dass aus diesem Rat dann gleich drei Anfragen, zwei Motionen und eine PI kommen. Das ist einfach mühsam und es ist bemühend. Und du wirst mir dann nachher wahrscheinlich wieder sagen – ich habe es heute schon mal gehört – «ja, von der SVP kommen die meisten solchen Vorstösse», und da sage ich auch wieder: Es gilt für den ganzen Rat, von ganz links bis ganz rechts. Wir sollten weniger Profilierungsvorstösse machen. Gerade jetzt, während den Wahlen, im Wahlkampf, ist es wirklich ärgerlich, wie jeder noch versucht, sich irgendwo vorzudrängen und einen Vorstoss zu machen, nur damit er vielleicht in der Zeitung kommt. Am Ende beschäftigen Sie damit nur die Verwaltung und Sie beschäftigen damit wirklich nur uns hier drin, damit wir etwas mehr zu besprechen haben. Und die Pandemie hat das irgendwie noch ein bisschen verstärkt. Da hatte ich wirklich das Gefühl, dass die Leute zu Hause waren und sich überlegt haben «ich muss jetzt da noch einen Vorstoss machen». Ich sehe dich, lieber Beat, nimm es mir nicht übel, ich sehe dich, wie du zu Hause sitzt und sagst: «Jetzt muss ich noch irgendetwas machen. Was ist gerade im Trend? Ah, Home-Office, davon sprechen jetzt alle. Ich mache einen Vorstoss zu Home-Office.» Aber du kommst eben nicht mit einem konkreten Anliegen. Du sagst einfach: «Lieber Regierungsrat, sag mir doch, wie wir das Home-Office fördern können. Ich habe zwar keine Idee, wie man es fördern kann, aber sag du es mir und schlag mir dann gleich die Lösung vor.» Wie gesagt, wenn ihr konkrete Probleme seht, weshalb eine Firma Home-Office nicht machen kann, dann greift dieses Problem auf – mit einer Motion oder einer PI.

So, das wäre es (*Heiterkeit*). Bitte nehmen Sie dieses ablehnende Votum zu diesem Postulat auch ein bisschen als Fingerzeig, halt auch einfach einmal darüber zu schlafen, bevor man wieder den nächsten unsinnigen Vorstoss reinbringt und hier zur Beschäftigung beiträgt. Vielen Dank.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Ich danke meinem Vorredner für sein langes Votum. Home-Office, Arbeiten von zu Hause aus, die Eier legende Wollmilchsau? Die Vorteile für Arbeitnehmende sind nicht von der Hand zu weisen: flexiblere Arbeitszeiten, keine Fahrzeiten und Kosten, bessere Koordination von Beruf, Familie und Freizeit. Und wie ich heute Vormittag gelesen habe, fühlen sich introvertierte Menschen weniger unter Druck gesetzt. Für sie bedeutet es Ruhe und entspanntes konzentriertes Arbeiten. Für Unternehmen bedeutet Home-Office respektive Remote Work eine Reduktion der Büroflächen und Kosten. Ausserdem kann gemäss Studien der Stanford-University, in der Arbeit sogar eine Effizienzsteigerung von über 13 Prozent erzielt werden.

Doch jede Medaille hat eine Kehrseite: Der Zusatzaufwand in der Mitarbeitendenführung und -kontrolle ist nicht zu unterschätzen und die Geheimhaltung und Datensicherheit muss jederzeit gewährleistet werden. Zudem sind die Mitarbeitenden isoliert und es fehlt der persönliche Austausch. Das ständige In-den-Bildschirmen-Starren führt zu gesundheitlichen Belastungen, und die Abgrenzung zwischen Home und Office wird auch immer schwieriger. Volkswirtschaftlich weist Home-Office definitiv Pluspunkte auf: weniger verstopfte Strassen und überfüllte Züge sowie ein flexiblerer und geografisch erweiterter Arbeitsmarkt. Besonders hervorzuheben ist die verbesserte Integration von Personen, die im Erwerbsleben benachteiligt werden, wie kinderbetreuende Elternteile oder Personen mit eingeschränkter Mobilität. Auch wir Milizpolitiker sind auf Remote Work angewiesen. So können wir vor und nach den Rats- und Kommissionssitzungen Job und politische Tätigkeit einfacher unter einen Hut bringen. Aktuelle Umfragen bei Unternehmen und Arbeiten beweisen: Home-Office ist gekommen, um zu bleiben.

Wie fest Remote Work zukünftig verankert sein wird, veranschaulicht eine Studie des CapGemini Research Institute: Drei von zehn globalen Unternehmen rechnen damit, dass mehr als 70 Prozent ihrer Angestellten mobil arbeiten werden. Jedes zweite Schweizer Unternehmen plant langfristig, mit Remote Work ein flexibleres Arbeiten zu ermöglichen, denn Firmen, die Home-Office-Möglichkeiten zu stark einschränken oder gar nicht anbieten, laufen Gefahr, ihre Attraktivität als Arbeitgeber zu schmälern. Laut internationalen Studien wollen drei Viertel aller Arbeitnehmenden auch in Zukunft mobil arbeiten, und zwar an mehreren Tagen pro Woche. Alles in allem erfreut sich Home-Office grosser Beliebtheit. Doch das Arbeitsgesetz trägt den neuen Realitäten des Arbeitsalltags zu wenig Rechnung. Dieses wird, von allen irgendwie akzeptiert, regelmässig und auch im Sinne der Arbeitnehmenden, die ihren Tag selbst einteilen wollen, gebrochen. Ein Gesetz, das nicht mehr aktuell ist, muss überarbeitet werden. Doch die Revision des Arbeitsrechts muss auf Bundesebene erfolgen. Kantonal besteht Spielraum durch die Anpassung von steuerlichen Anreizen, wie beispielsweise den Pendlerabzug.

Wir Grünliberalen überweisen diesen Vorstoss an den Regierungsrat mit der Bitte, ein Arbeitsklima zu begünstigen, welches flexibel ist, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt, sowie eine positive Work-Life-Balance ermöglicht. Natürlich geht das. Herzlichen Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Wir Grünen haben nicht schlecht gestaunt, da fordert doch tatsächlich die FDP den Staat auf, Massnahmen wie finanzielle Entlastung oder administrative Entlastung zu prüfen, damit das Home-Office gefördert werden kann. Wir Grünen sind der Meinung, dass es keine staatliche Aufgabe ist, Home-Office zu fördern. Wie das Home-Office ausgestaltet werden soll, ist in erster Linie dem Arbeitsrecht zu entnehmen. Alle am Arbeitsprozess Beteiligten sind ans geltende Arbeitsrecht gebunden, auch bei Home-Office und auch zu Krisenzeiten.

Auch wir Grünen sehen Vorteil im Home-Office. Gerade das Wegfallen des Arbeitsweges und die damit gewonnene Zeit, die Entlastung der Verkehrsinfrastruktur sind echte Vorzüge. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass finanzielle und gesundheitliche Risiken von der Arbeitgeberin auf den Arbeitnehmenden abgewälzt werden. So verrichten doch viele während der Pandemie ihre Arbeit am Küchentisch, weil ihr Arbeitstisch mit Bürostuhl nicht vorhanden ist oder es in der engen Wohnung einfach keinen Platz dafür gibt.

Auch die Arbeitszeitvorschriften müssen im Home-Office eingehalten werden. Home-Office bedeutet Arbeiten zu vereinbarten Zeiten von zu Hause aus, und gerade nicht, jederzeit arbeiten, egal wann, egal wie. Damit Home-Office als Arbeitsform bestehen bleibt, die sowohl für Arbeitnehmende als auch für Arbeitgebende längerfristig Vorteile bringt, sind der Gesundheitsschutz, die Arbeits- und Ruhezeiten, der Datenschutz und auch allfällige Kosten, wie Spesen, zu berücksichtigen und in Gesamtarbeitsverträgen festzuhalten. Und genau für das gibt es die Sozialpartnerschaften, meine liebe Damen und Herren von der FDP, auf die wir in der Schweiz ja so stolz sind. Wir lehnen das Postulat ab.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Ist es wirklich Aufgabe des Kantons, in privaten Unternehmen Home-Office zu fördern? Home-Office hat viele Vorteile. Erstaunlicherweise haben wir jetzt hauptsächlich über die Vorteile von Home-Office gesprochen, das ist aber hier nicht das Thema. Ich sehe auch Vorteile, selbstverständlich, weniger Überlastung der Verkehrsinfrastruktur und so weiter. Daher können wir uns auch vorstellen, dass der Kanton Überlegungen anstellt, wie Anreize für Home-Office schaffen kann. Es kann ja nicht sein, dass der Kanton, ich zitiere aus dem Postulat, lieber Beat, «ein breites Spektrum an Möglichkeiten evaluiert und Massnahmen vorschlägt, um Home-Office in privaten Unternehmen zu fördern». Und sicherlich sollten dafür keine gesetzlichen Anpassungen gemacht werden. Zudem steht im Postulat «Massnahmen, insbesondere administrative und finanzielle Entlastungen, sollen geprüft werden». «Finanzielle Entlastungen», heisst das Steuerabzüge? Wie sicherlich bekannt, werden Steuerabzüge vom Bund definiert. Was bekommen Firmen, für die es nicht möglich ist, den Mitarbeitenden Home-Office anzubieten, wie Schulen, Arztpraxen, Läden, Bauunternehmen und so weiter? Das ist wirklich unsinnig. Die Mitte-Fraktion unterstützt dieses Postulat nicht.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 83 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) mit Stichentscheid der Ratspräsidentin, das Postulat KR-Nr. 318/2020 abzulehnen.

(Diverse Ratsmitglieder stellen das auf den Monitoren dargestellte Abstimmungsergebnis infrage.)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir müssen die Abstimmung wiederholen. Man gönnt mir gar nichts (*gemeint ist der Stichentscheid*) in diesem Haus (*Heiterkeit*). Also stimmen wir noch einmal ab.

Wiederholung der Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 91 : 82 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 318/2020 zu überweisen.

Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.